



## **PRESSE-INFORMATION, 14. JULI 2008**

### ***Hedwig Bollhagen war weder Anhängerin noch Förderin des Nationalsozialismus***

***ZZF stellt Gutachten der Berliner Historikerin Dr. Simone Ladwig-Winters zu den „Arisierungs“-Vorwürfen gegen die Keramikerin Hedwig Bollhagen vor***

Öffentlich erhobene Vorwürfe, die die Keramikerin Hedwig Bollhagen in die Nähe einer überzeugten Nazi-Anhängerin gerückt haben, treffen nicht zu. Desungeachtet zogen die HB-Werkstätten in Gründung und Aufbau Nutzen aus den Umständen der nationalsozialistischen Machtetablierung.

Dies ist das Ergebnis eines von Prof. Dr. Martin Sabrow, Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, heute der Öffentlichkeit vorgestellten Gutachtens.

Die Biographie der brandenburgischen Keramikerin Hedwig Bollhagen und die Geschichte ihrer Werkstätten während der NS-Zeit waren im Frühjahr 2008 Gegenstand einer heftigen öffentlichen Debatte. Das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam wurde daraufhin vom Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam, Jann Jakobs, um fachliche Unterstützung gebeten und beauftragte seinerseits die Berliner Historikerin Dr. Ladwig-Winters mit der Erstellung eines Gutachtens.

Das Gutachten zeichnet ein klares Bild der Gründungsphase der HB-Werkstätte für Keramik Marwitz, auch wenn aufgrund einer lückenhaften Quellenüberlieferung die Rolle von Hedwig Bollhagen im Nationalsozialismus nicht in jeder Hinsicht vollständig aufgeklärt werden konnte.

Der wichtigste Komplex der 99 Seiten umfassenden Expertise untersucht den gegen Hedwig Bollhagen erhobenen „Arisierungs“-Vorwurf und kommt zu dem Schluss, dass Bollhagen zwar von den antijüdischen Rahmenbedingungen der nationalsozialistischen Etablierungsphase wirtschaftlich profitiert, sie aber nicht gezielt zu ihrem Vorteil genutzt hat. Margarete Heymann-Loebenstein, die jüdische Inhaberin der Haël-Werkstätten für künstlerische Keramik Marwitz, verkaufte ihren im Juli 1933 stillgelegten Betrieb 1934 deutlich unter Wert, da sie unter den neuen politischen Rahmenbedingungen keine Chance zu seiner erfolgreichen Fortführung sah. Zu dieser Erkenntnis trugen die persönliche Bedrohung durch antisemitische Denunziationen im eigenen Betrieb ebenso bei wie die schwebende Gefahr einer möglichen Enteignung des Betriebes, aber auch die im Zuge der Weltwirtschaftskrise verschlechterten Absatzchancen ihrer Produkte.

Im Zusammenspiel mit den staatlichen Behörden nutzte Heinrich Schild, der Vertraute von Bollhagen, diese Situation, um nach längeren Verhandlungen Grundstück, Betriebsmittel, Warenlager und Knowhow des Unternehmens zu einem Preis zu erwerben, der in etwa einem Drittel seines Wertes entsprach. Im Mai 1934 gründete Heinrich Schild zusammen mit Hedwig Bollhagen eine GmbH, um den Betrieb unter dem Namen „HB-Werkstätten“ neu zu eröffnen. Ein großer Teil der früheren Mitarbeiter wurde weiter beschäftigt. Mit dem Kauf zogen die Erwerber Gewinn aus den veränderten politischen Verhältnissen und machten sich zu „stillschweigenden Partnern“ des nationalsozialistischen Systems. Anders als Heinrich Schild kann

aber Hedwig Bollhagen nicht als Anhängerin oder Förderin des Nationalsozialismus gesehen werden. Im Gegenteil bot sie in den HB-Werkstätten vom NS-Regime verfolgten Künstlern eine Arbeitsmöglichkeit.

In den Erwerb des Betriebes war auch das übernommene Warenlager einbezogen, dessen Verkauf zur Anschubfinanzierung der HB-Werkstätten diente. Ein Plagiatsvorwurf lässt sich hieraus nicht ableiten, zumal Bollhagen eine deutlich andere Formensprache und kunsthandwerkliche Ausrichtung verfolgte. Lediglich einige künstlerische Entwürfe von Margarete Heymann-Loebenstein wurden durch die HB-Werkstätten weiter produziert, wobei für die Übernahme des Entwurfs zum Service „Norma“ eine Vergütung vereinbart war, deren tatsächliche Höhe und Auszahlung allerdings nicht belegbar sind.

In den HB-Werkstätten wurden während des Zweiten Weltkriegs etwa zehn Zwangsarbeiter eingesetzt. Dies war für einen mittelständischen Betrieb nicht ungewöhnlich und häufig Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Produktion. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen dieser Zwangsarbeiter sind in den HB-Werkstätten als vergleichsweise günstig zu beurteilen.

Um den Betrieb während des Krieges aufrecht zu erhalten, nahmen die HB-Werkstätten auch Aufträge der SS an. Sie produzierten unter anderem Geschirr für Bombengeschädigte. Auch hier profitierte Hedwig Bollhagen von der Politik des NS-Regimes, ohne das Regime willentlich gezielt zu unterstützen. Die Fortführung der HB-Werkstätten wäre ohne den Einsatz von Zwangsarbeitern und die Übernahme öffentlicher Aufträge – darunter auch der SS – nicht möglich gewesen. Darin kommt eine Verstrickung Hedwig Bollhagens in das NS-System zum Ausdruck, wie sie für Millionen anderer Deutscher auch galt: Um ihren eigenen unternehmerischen und künstlerischen Interessen zu folgen, musste sie zugleich auch denen der NS-Herrschaft entsprechen.

Die Ergebnisse der Expertise werden am Montag, dem 14. Juli 2008, 15.00 Uhr, im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte (Am Neuen Markt 9, 14467 Potsdam) auf einer öffentlichen Podiumsveranstaltung vorgestellt und diskutiert.

Bereits um 14.00 Uhr ist am selben Ort zu einem Pressegespräch eingeladen.

Weitere Informationen:

Dr. Irmgard Zündorf, Tel.: 0331-28991-13

Dr. Hans-Hermann Hertle, Tel.: 0331-28991-31, -51